

Geschäftsstelle der UOKG

PRESSEERKLÄRUNG

Protest gegen Tätigkeit der „Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM)“

Berlin, 3. April 2008

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG e.V., der Dachverband von über 30 Vereinen und Verbänden politisch Verfolgter aus der SBZ und der DDR, protestiert scharf gegen die Äußerungen der Bezirksstadträtin für Kultur Katrin Framke, die von einer indifferent-naiven und unkritischen Haltung angesichts des Agierens der „Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM)“ zeugen.

Es ist für Opfer, die unter der Willkür des Ministeriums für Staatssicherheit gelitten haben, nicht hinnehmbar, dass das Bezirksamt Berlin-Lichtenberg das Auftreten der GBM im öffentlichen Raum toleriert und protegiert. Wir sehen darin eine Förderung linksextremer Kräfte, die nach Einschätzung der UOKG gegen die Ziele unserer freiheitlichen Rechtsordnung ausgerichtet sind. Die UOKG fordert eine kritische Analyse der vereinsinternen Strukturen und der ideologischen Inhalte der „Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde“, unter deren Dach auch das „Insiderkomitee zur kritischen Aufarbeitung der Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS)“ als Arbeitsgemeinschaft tätig ist, und einen Geschichtsrevisionismus betreibt, der die Opfer politischer Repression in der DDR massiv verhöhnt.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft unterstützt den Protest der CDU-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses sowie der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Lichtenberg und verlangt von Bezirksstadträtin Katrin Framke eine klare Abgrenzung gegenüber der GBM.

Sollte sie dem nicht entsprechen, ist es nach Auffassung der UOKG unumgänglich, sie von ihrem Posten abuberufen.

gez. Rainer Wagner
Vorsitzender der UOKG